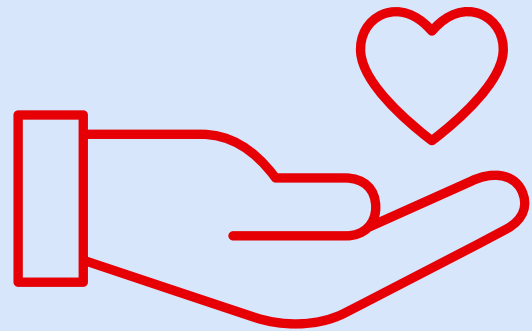


Brennpunkt Wohlfahrt

Nr. 01/2023



Freiwilligendienste: Einfache Formel für Engagement und Zusammenhalt

Zusammenfassung

- Der Mitteleinsatz des Bundes innerhalb der Freiwilligendienste ist vergleichsweise gering, weil der Löwenanteil der Finanzierung von Trägern und Einsatzstellen getragen wird.
- Die Wirkungen sind hoch – sowohl im Sinne der individuellen Persönlichkeitsentwicklung als auch im Sinne eines dauerhaften Eintretens für Gemeinschaft und Zusammenhalt.
- Trotz Pflichtdienstdebatte steht eine Reduktion der Bundesmittel für die Freiwilligendienste bevor. Aufgrund der steigenden Kosten geraten Einsatzstellen (u.a. Kitas, Krankenhäuser) unter Druck.
- Das DRK plädiert für Investitionen von 4 Mrd. Euro und ein kostendeckendes System, das sich an den Lebensrealitäten der Freiwilligen orientiert.
- Durch einen Mindestauszahlungsbetrag von 800,- Euro pro Freiwillige/r und Monat in Verbindung mit einem Rechtsanspruch auf einen Freiwilligenplatz könnte die Attraktivität auf Seiten der Freiwilligen deutlich erhöht werden.
- Der finanzielle Aufwand für den Bund beläuft sich dabei auf einen Bruchteil im Vergleich zur Einführung eines Pflichtdienstes.

Das DRK schlägt eine Erhöhung des Haushaltsansatzes in den Freiwilligendiensten vor. Als Investition in die Zukunft!

Parteien, Fraktionen, Bundesministerien und der Bundespräsident machen sich Gedanken um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sorgen bereiten der demografische Wandel sowie die immensen Herausforderungen und Umbrüche, denen unsere Gesellschaft unterworfen ist. Ohne echtes Engagement von Menschen, die sich kümmern und füreinander da sind, drohen zunehmende Spaltungen und Verwerfungen in einem ohnehin aufgewühlten Umfeld. Während in der politischen und öffentlichen Debatte viel von einem Pflichtdienst oder Gesellschaftsjahr die Rede ist, schlägt das DRK vor, die vorhandenen Potenziale der Freiwilligendienste besser zu nutzen. Mit vergleichsweise geringen finanziellen Aufwüchsen hier, ließe sich ein Vielfaches an Wirkung erzielen.

Der Mitteleinsatz des Bundes für die Freiwilligendienste ist gering

Auch wenn das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) ein Programm des Bundes ist, das in einigen Bundesländern noch zusätzlich mit Landesmitteln

unterstützt wird, tragen gemeinnützige Strukturen einen Großteil der anfallenden Kosten. Der Kerngedanke der Subsidiarität – die gesellschaftlich verankerten Vereine organisieren zuvorderst Engagement und erst an zweiter Stelle macht dies der Staat – kommt im FSJ deutlich zum Ausdruck. Einen signifikanten Anteil an der Gesamtfinanzierung tragen die Einsatzstellen, z.B. Rettungsdienststelle, Kita, Förderschule oder Pflegeeinrichtung, in denen die Freiwilligen ihre praktischen Tätigkeiten verrichten. Sie decken – neben den Trägern – die Kosten für die Taschengeldleistungen an die Freiwilligen (max. 426 Euro monatlich.) sowie Aufwendungen für die Bildungsarbeit und die gesetzlich vorgeschriebene pädagogische Begleitung. Zusätzlich stellen die Träger Unterkunft und Verpflegung zur Verfügung oder bezuschussen diese mit Geldersatzleistungen. Für die pädagogische Begleitung erhalten die FSJ-Träger die Bundesförderung aus dem Bundeshaushalt: Es handelt sich hierbei um eine Zuwendung von bis zu 200 Euro pro Teilnehmenden am FSJ pro Monat, die allerdings aufgrund nicht ausreichender Bundesmittel in aller Regel deutlich abgesenkt wird. Mindestens zehn Prozent der Ausgaben für die pädagogische Begleitung sind ohnehin ausdrücklich von den Trägern selbst aufzubringen.

Eine aktuelle [Studie der Bertelsmann-Stiftung](#), durchgeführt von der Soziologin Susanne Huth, beziffert die Kosten pro Teilnehmende*n und Monat im FSJ und im Bundesfreiwilligendienst, der anderen Refinanzierungsbedingungen unterliegt, über alle Träger hinweg auf durchschnittlich 920 Euro (den Berechnungen liegen Daten aus dem Jahr 2021 zugrunde, die Kosten dürften daher aktuell noch darüber liegen). D. h. für die Deckung der entstehenden Gesamtkosten, kommen maximal 12 Prozent der Mittel aus dem Bundeshaushalt. Insgesamt wendet der Bund für die Jugendfreiwilligendienste rund 110 Mio. Euro jährlich auf (Plan 2024).

Die gesellschaftlichen Wirkungen von Freiwilligendiensten sind hoch

Der Mitteleinsatz des Bundes ist vergleichsweise gering, die Wirkungen des FSJ sind dagegen hoch. Sie lassen sich kaum quantifizieren oder abschließend darlegen. Das DRK verfügt mit seinen flächendeckenden Angeboten jedoch über jahrzehntelange Erfahrungen. Die Freiwilligen lernen – vor allem im Sinne nicht-formaler Bildung – und eignen sich vielfältige Kompetenzen an. Sie machen praktische Erfahrungen in Arbeitsfeldern des sozialen Sektors und bringen ihre Kompetenzen zur Anwendung. Für die Persönlichkeitsentwicklung kann der Freiwilligendienst den Unterschied machen. Einstellungen und Werte im Sinne einer Verantwortungsübernahme für Gesellschaft und Gemeinschaft wirken lebenslang und stärken die Demokratie. Auch steigern Freiwilligendienste die Ausbildungs- und Studierfähigkeit junger Menschen im Übergang Schule-Beruf. Unter den Freiwilligen sind auch Geflüchtete, deren Integration über die Dienste entscheidend gefördert wird.

Festzustellen ist, dass viele Menschen, die heute vor Ort hauptamtlich oder ehrenamtlich im DRK oder in anderen Strukturen engagiert sind, ihren Weg in den Freiwilligendiensten begonnen haben. Freiwillige erwerben zudem Kompetenzen, die für den beruflichen Werdegang von hoher Bedeutung sind und viele sind nach Abschluss des Freiwilligendienstes deutlich gefestigter, auch was ihre eigenen Berufswünsche anbelangt. Entscheidend ist die intensive Begleitung in den Einsatzstellen und durch das pädagogische Fachpersonal der Träger – ein wichtiges Merkmal der Freiwilligendienste insbesondere angesichts aktuell ansteigender psychischer Probleme und Zukunftsängste junger Menschen. Im Großen und Ganzen: Freiwilligendienste wirken sowohl im Sinne der individuellen Persönlichkeitsentwicklung als auch im Sinne eines dauerhaften Eintretens für Gemeinschaft und Zusammenhalt.

Paradox: Die Freiwilligendienste werden beschnitten; gleichzeitig wird über den Pflichtdienst beraten

Es läge nahe, diese Wirkungen zu unterstützen und Freiwilligendienste zu stärken. Es ist paradox: Während die öffentliche Debatte um einen Pflichtdienst weitergeführt und über die Einführung eines Pflichtdienstes beraten wird, gerät das von Trägern zivilgesellschaftlich organisierte FSJ unter Druck: Die

Kosten steigen (gleichbleibende Förderung bedeutet bei steigenden Kosten real einen Rückgang der Förderung); Einsatzstellen haben zunehmend Probleme, die notwendigen Eigenmittel aufzubringen und die Bundesregierung hat angekündigt, die Mittel für die Freiwilligendienste zu reduzieren.

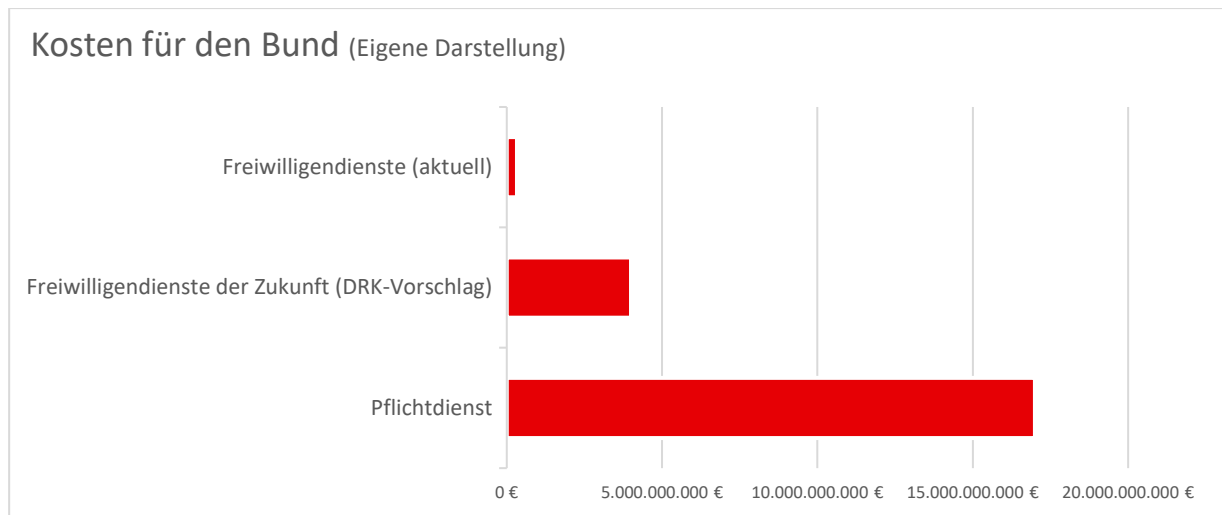
Das DRK schlägt vor, den Freiwilligendiensten mehr Aufmerksamkeit zu schenken, weitere Potentiale auszuschöpfen und auf den vorhandenen Kompetenzen der Träger aufzubauen. Grundlage wäre ein kostendeckendes System, das die pädagogische Begleitung garantiert und sich an den Lebensrealitäten der Freiwilligen orientiert. Die Attraktivität eines Freiwilligenjahres für junge Erwachsene müsste durch intensive Bekanntmachung und Vereinfachung der Informationssuche verdeutlicht werden. Eine bessere Ausstattung der Vermittlungs- und Auswahlverfahren und ein breiteres Angebotsspektrum an DRK-Einsatzstellen sind weitere Voraussetzungen, um mehr junge Menschen zu erreichen. Damit eröffnet sich neben Möglichkeiten der Berufsorientierung auch ein Fundament für Engagement in gemeinnützigen Organisationen. Eine inklusivere Ansprache und verstärkte Kooperationen auf verschiedenen Ebenen tragen zu einer breiteren Öffnung in unterschiedlichsten gesellschaftlichen Zusammenhängen bei.

Einfache Formel: Investitionen in die Freiwilligendienste

Das DRK ist skeptisch, ob ein Pflichtdienst notwendig und eine Pflichtdienstdebatte zielführend ist. Abgesehen von inhaltlichen und rechtlichen Einwänden wären die Umsetzungskosten gewaltig. Die Diakonie spricht von 10 bis 17 Mrd. Euro im Jahr nur für Organisation und Verwaltung des Pflichtdienstes (siehe [Website](#)). Hier sind weitere fiskalische Kosten noch gar nicht enthalten. Zum Vergleich: Die Freiwilligendienste insgesamt kosten den Bund über alle Angebote hinweg rund 0,33 Mrd. Euro im Jahr.

Die Potentiale der Freiwilligendienste ließen sich noch deutlich besser ausschöpfen. Aus Jugendstudien sowie eigenen Träger-Evaluationen wissen wir, dass die Zielgruppe bei der Frage nach einer Aufwertung der Freiwilligendienste insbesondere die deutliche Erhöhung der ausgezahlten Leistungen (Taschengeld sowie Geldersatzleistungen für Unterkunft und Verpflegung) benennt. Mit einer Erhöhung der monetären Leistungen an die Freiwilligen wäre eine substanzielle positive Wirkung, ganz im Sinne der von Pflichtdienstbefürwortenden artikulierten Ziele, möglich. Das DRK reklamiert vor diesem Hintergrund einen Mindestauszahlungsbetrag von 800 Euro pro Freiwillige/r und Monat als Mindeststandard in Verbindung mit einem Rechtsanspruch auf einen Freiwilligenplatz. Die Finanzierung der Leistungen an die Freiwilligen muss dem Bund obliegen. Die Höhe orientiert sich am Bafög-Höchstsatz für Studierende unter 25 Jahre, die nicht im Haushalt ihrer Eltern leben. Auch hier ein Vergleich: Freiwillige, die einen Wehrdienst im Heimatschutz leisten, erhalten rund 1.500 Euro brutto/Monat.

Derzeit engagieren sich rund 100.000 junge Menschen pro Jahr im FSJ und BFD. Die Kosten für den Bund würden bei dieser Anzahl an Freiwilligen und einem 12monatigen Einsatz, inklusive der Sozialversicherungsbeiträge auf 1.34 Mrd. Euro/Jahr steigen. Gelänge es, die Zahl der aktiven Freiwilligen durch die Optimierung der Attraktivität auf 300.000 junge Menschen pro Jahr zu erhöhen, so lägen die Gesamtkosten hier bei gut 4 Mrd. Euro (exakt: 4.032.000.000 Euro). Nicht enthalten sind hierbei die Kosten für die Bildungs- sowie pädagogische Begleitungsarbeit der Träger im Rahmen der bewährten Ausgestaltung von Jugendfreiwilligendiensten als Bildungsjahr. Damit kämen auf den Bund insgesamt immer noch erheblich weniger Kosten zu als bei einem Pflichtdienst.



Die Umsetzung des Vorschlags als Grundstein für Engagement auf Jahre hinaus

Die völlig konträr zur Pflichtdienstdebatte erfolgte Ankündigung einer Reduzierung der Bundesmittel für die Freiwilligendienste begründet das zuständige Bundesfamilienministerium bislang mit einer allgemein angespannten Haushaltslage. Der Einfluss des demografischen Wandels und das Anwachsen regionaler Disparitäten auf die Bewerbungszahlen sind zudem gewiss nicht zu verleugnen, auch wenn die obengenannte Studie darlegen konnte, dass sich die Teilnehmendenzahlen stabilisieren. Im DRK ist ein Rückgang bislang vor allem pandemiebereinigt kaum feststellbar. Umso wichtiger sind gute Rahmenbedingungen, damit sich junge Erwachsene unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und der finanziellen Ausstattung ihrer Familie oder der Einsatzstelle für einen Freiwilligendienst entscheiden können. Mit dem hier unterbreiteten Vorschlag könnte wirkungsvoll gegengesteuert werden. Die Anwendung der Formel wäre der Grundstein für Engagement und Zusammenhalt auf Jahre hinaus.

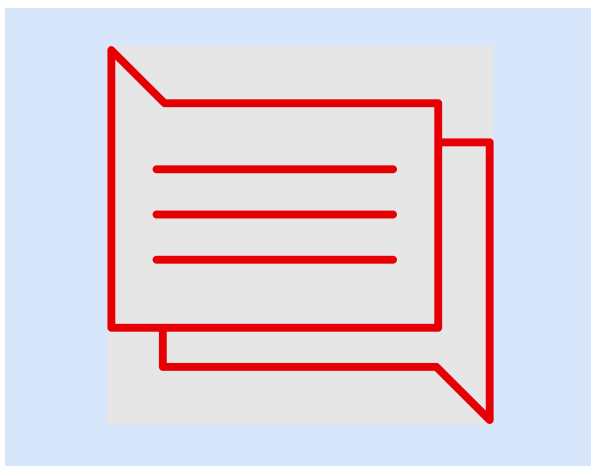
Eine Stärkung des Miteinanders im Gemeinwesen, ein Heranführen junger Menschen an eine Verantwortungsübernahme für die Gesellschaft, ein Aufgreifen von Ideen aus der Zivilgesellschaft zur Bewältigung anstehender Herausforderungen – all dies unterstützt das DRK in vollem Umfang. Diese Wirkungen ließen sich mit einer Erhöhung des derzeitigen Haushaltsansatzes für die gesetzlich geregelten Freiwilligendienste erreichen. Dabei wäre nur ein sehr kleiner Teil der Finanzmittel nötig, die die Einführung eines Pflichtdienstes erfordern würde.

Dr. Joß Steinke

Bereichsleiter Jugend und Wohlfahrtspflege

Dr. Claudia Peters

Referentin Freiwilligendienste



**Führen Sie die Debatte
mit uns weiter unter
[drk-wohlfahrt.de](https://www.drk-wohlfahrt.de)**

JETZT MITDISKUTIEREN